

Ideen statt Ideologien

Politik mit Vernunft und Zukunft



Das Programm der FDP Neu-Anspach
für die Legislaturperiode 2021 bis 2026

Inhaltsverzeichnis

- I. Was zählt für Neu-Anspach
- II. Wofür steht die FDP?
Wofür steht Ihre FDP in Neu-Anspach?
- III. Eine Neue Realität
- IV. Haushalt und Finanzen
- V. Siedlungsentwicklung und Umwelt
- VI. Wirtschaft und Gewerbe
- VII. Digitalisierung und Mobilität
- VIII. Kinder, Jugend und Senioren
- IX. Sport, Freizeit und Kultur
- X. Sicherheit

Was zählt für Neu-Anspach

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

vieles wurde in Neu-Anspach richtig gemacht – die FDP tritt nicht an, die Vergangenheit zu kritisieren oder sie sogar zu demontieren. Unser Blick ist auf das Jetzt und in die Zukunft gerichtet. Entwicklung war für unsere Stadt immer ein gewichtiger Begriff, der die Veränderungen von einer kleinen Taunusgemeinde in eine junge Stadt beschreibt, die ihren Charme nicht verloren hat, die aber auch noch nicht angekommen ist. Der jüngste Bevölkerungsrückgang ist auch ein Indiz dafür, dass junge Menschen, Familien und Senioren oft gezwungen sind, mangels lokalen Wohnangeboten ihr geliebtes Umfeld zu verlassen. Junge Paare, die ihren eigenen Hausstand gründen, müssen sich anderswo orientieren. Familien, die wieder die Nähe zu den Eltern suchen, finden keine passende Bleibe bzw. kaum ein Grundstück, um sich hier anzusiedeln.

Die FDP steht für umsichtige Siedlungspolitik zur bedarfsgerechten Wohnraumbildung in einem natürlichen Rahmen, im Einklang mit Umwelt und Bevölkerungsdichte, mit einem attraktiven Gewerbeangebot und einer vorbildlichen Infrastruktur in Bezug auf soziale Einrichtungen, Mobilität, Digitalität und Gesundheitsversorgung. An dieses Wachstum knüpfen wir Forderungen nach einer proaktiven Wasserbeschaffung, an einen respektvollen Umgang mit der Natur und an eine Ausgewogenheit zwischen „grau und grün“ – die gesunde Mischung aus bebauten und naturbelassenen Flächen.

Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen, neue Lösungen zu finden. Der kritische Diskurs ist für uns wichtig, aber wir setzen gleichzeitig auf die Bereitschaft aller politisch Wirkenden, das Streben nach Ausgewogenheit gemeinschaftlich zu verfolgen. Extremismus, Radikalität und Ignoranz dürfen in Neu-Anspach keine Chance haben.

Wir Freie Demokraten wünschen uns für ein Neu-Anspach der Zukunft:

- Ein ausgewogenes Wohnraumangebot für Jung und Alt – bedarfsorientiert und frei von Wucher und Übervorteilung.
- Attraktiv zu bleiben für junge Menschen und Familien, da der Stadt ansonsten eine Überalterung der Gesellschaft droht.
- Ein bedarfsgerechtes Gewerbeangebot vor Ort zu schaffen, das durch lokale und virtuelle Präsenz schnell und mit fundierter Beratung den „Weg nach Frankfurt“ überflüssig macht.
- Eine digitale Struktur zu sichern, die neuen Arbeitsformen wie Home Office, ausgelagerte „Office Space“-Angeboten und Echtzeitproduktion durch 5G gerecht wird.
- Selbstredend: Einen finanziellen Spielraum zu schaffen, der notwendige Einsparungen in Einklang mit künftigen Erfordernissen und Investitionen bringt, der zugleich auf Eigenverantwortung setzt und im Gegenzug öffentliche Leistungen zielgerichtet und nachhaltig für eine neue Zukunft einsetzt.

Im März 2021 wählen wir gemeinsam eine neue Stadtverordnetenversammlung, die erste Wahl nach einer dramatischen Zäsur durch die Corona-Krise. Eine Wahl, die von uns Politikern einen besonders verantwortungsvollen Umgang mit den Freiheiten der Bürger und bei den Entscheidungen der Zukunft verlangt, in der aber Bürger und Bürgerinnen in besonderem Maße gefordert sind, sich zwischen Ideologie und Verlässlichkeit zu entscheiden. Die FDP Neu-Anspach steht für ein modernes und durchweg konsequentes Wahlprogramm, für das wir auch in Zukunft mit Mut und Optimismus eintreten werden. Dieses Programm möchten wir Ihnen in dieser kleinen Broschüre näherbringen und würden uns über Ihr Interesse freuen.

Wählen Sie am 14. März 2021 die FDP – schenken Sie uns Ihr Vertrauen.

Wofür steht die FDP?

In der zunehmenden Farbenvielfalt des bundesdeutschen Parteiwesens lässt sich manchmal nicht mehr klar bestimmen, *wer* überhaupt *wofür* steht. Traditionelle Bilder von so genannten „Volksparteien“ gehören der Vergangenheit an. Mit zunehmender Vielfalt verblassen aber oftmals die Konturen und die Begrifflichkeiten „Links – Mitte – Rechts“ sind zu einfach gestrickt, um die Themenvielfalt auch nur annähernd abzudecken. Parteien stehen für Ökologie, ohne ökologisch zu sein. Viele stehen für Gerechtigkeit, ohne „links“ zu sein. Wir stehen für die Freiheit des Einzelnen, ohne anarchistisch zu sein.

Auch wir haben viel Verständnis für diese Frage und möchten sie mit folgenden Begriffen beantworten, die in ihrer Gesamtheit das Label „Freie Demokratische Partei“ unverwechselbar machen:

- Vernünftige Entscheidungen
- Selbstverantwortung
- Freiheit des Denkens und Handelns
- Wirtschaftliche Verantwortung
- Leistungsgerechte Entlohnung
- Modernität und Fortschritt
- Sachverstand
- Technologie, Digitalität, Nachhaltigkeit
- Bildung
- Respekt

Wir sind überzeugt, dass diese Begriffe in einem logischen Zusammenhang stehen und zum Gemeinwohl wesentlich beitragen. Uns leitet nicht das Verbot, sondern die Förderung alternativer Möglichkeiten. Wir fordern den Staat, wenn es gilt, das Gemeinwesen zu schützen und zu pflegen, nicht aber Dinge zu regeln, die die Freiheit des einzelnen beschränken. Wir sind überzeugte Vertreter eines gesunden demokratischen Diskurses und mehrheitlicher Entscheidungen.

Wofür steht Ihre FDP in Neu-Anspach?

Wir als FDP in Neu-Anspach sehen unsere Aufgabe darin, unser freiheitliches Gedankengut mit den Zielen, Sorgen und Problemen unserer Kommune in Einklang zu bringen und gemeinsam mit den Bürgern eine verantwortungsvolle Lokalpolitik zu gestalten. Im gegenseitigen Respekt mit unseren kommunalen Mitstreitern, mit der Vernunft und der Kompetenz, die es braucht, um tragfähige Lösungen zu gestalten, möchten wir anstehende und künftige Herausforderungen in unserer Stadt meistern.

Dieses vorliegende Wahlprogramm haben wir erarbeitet angesichts aktueller Problemstellungen, aber auch mit einer Vision zur Modernisierung und Bereicherung unserer jungen Stadt. Unsere Motivation gründet sich auf Erfahrungen unser langjährigen Verbundenheit mit Neu-Anspach, auf Entwicklungserfolge, auf eine sich verändernde Sozialstruktur und vor allem auf den Wunsch, diesen Ort in eine neue Zeit zu führen, ohne dass wir das verlieren, was uns wichtig ist: den unvergleichlichen Charakter einer Kleinstadt im Grünen.

Eine Neue Realität

Vieles von dem, was uns vertraut war, hat sich verändert. Vieles von dem, was wir geplant hatten, muss neu gedacht und an eine veränderte Realität angepasst werden. Sicherheiten, von denen wir dachten, dass sie unumstößlich sind, haben sich über Nacht in Luft aufgelöst.

Es war eine schwierige Zeit und die Ursache ist noch nicht gebannt. Uns wurde schmerzhaft gezeigt, dass es Bedrohungen gibt für unseren Wohlstand, zu deren Abwehr nicht einfach der Staat gerufen werden kann. Das verantwortungsvolle Verhalten jedes Einzelnen und der persönliche, umsichtige Umgang mit dieser unsichtbaren Bedrohung hat uns am Ende gezeigt, wie kraftvoll die Vernunft für unsere Gesundheit und unser Überleben sein kann. Der Staat konnte uns dieses Problem nicht abnehmen, er konnte uns nur leiten, das Richtige zu tun, indem er an unsere Selbstverantwortung appellierte – und genau dort sehen wir Liberalen eine wichtige Form der Fürsorglichkeit durch den Staat. Plötzlich waren wir selbst verantwortlich für die Bildung und Betreuung unserer Kinder, für die Gestaltung eines sicheren Umfeldes und für einen distanzierten und trotzdem freundschaftlichen Umgang mit der Gesellschaft.

Wirtschaftliche Soforthilfen, Kurzarbeitergeld, Steuernachlässe und der schnelle Umbau der Gesundheitsversorgung sind nur einige Beispiele, wie der Staat die schädlichen Folgen der Corona-Krise versucht hat, zu mildern. Aber die Entscheidung über das persönliche Wohl obliegt nach wie vor jedem Einzelnen.

Selbstverständlich ging diese Zeit auch an Neu-Anspach nicht vorbei und wir müssen heute Planungen aus der Vergangenheit mit den Ansprüchen einer neuen Gegenwart verbinden. Wir

müssen neu denken: Eine Neuorientierung des Wohnraumangebots durch Home Office, eine Suburbanisierungsbewegung aus den hochverdichteten Großstädten und ein erhöhter Bedarf an gelockerter Bebauung. Wie stellen wir uns zum deutlichen Rückgang der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und dem zunehmenden Individualverkehr? Wir sind konfrontiert mit einer verstärkten Nachfrage nach einer besseren Digitalversorgung und neuen digitalen Standards. Und nicht zu vergessen: Betreuungsangebote für Schulen und Kindergärten sowie die kontinuierliche Partizipation von älteren Menschen fordern von Kommunalpolitikern kreative und krisensichere Lösungsansätze.

Wir nennen dies die **Neue Realität** und sie ist so wichtig, dass unsere thematischen Arbeitskreise alle erarbeiteten Vorschläge auch immer an dieser neuen gesellschaftlichen Situation bemessen.

Konkret sehen wir einen dringenden Bedarf, den vor Corona erarbeiteten Masterplan „Integriertes Stadtentwicklungskonzept“ (ISEK 2040)“ zu überarbeiten und an die Neue Realität anzupassen.

Darüber hinaus finden Sie In diesem Wahlprogramm aber auch weitere Möglichkeiten und Empfehlungen, die sich mit dieser Neuen Realität beschäftigen und Lösungen aufzeigen.

Haushalt und Finanzen

Der sparsame Umgang mit Steuergeldern und Gebühren ist oberstes Gebot einer städtischen Finanzpolitik. Schulden sind nicht nur Hypotheken für nachkommende Generationen. Der Kapitaldienst belastet die Folgehaushalte und schränkt den finanziellen Spielraum ein. Aus diesem Grund müssen sie auf das absolut Notwendige beschränkt, so niedrig wie möglich gehalten und kontinuierlich abgebaut werden.

Völlig ohne Schulden geht es nicht, wenn es um Investitionen für die Zukunft geht. Im privaten Bereich sind nur wenige in der Lage, ein Eigenheim für die künftige Lebensgestaltung ohne Fremdkapital zu finanzieren. Investitionen in die Infrastruktur einer Stadt belasten selbstverständlich künftige Generationen, aber letztlich sind sie es, die von dieser Entscheidung profitieren werden.

Aktuell muss die Finanzlage der Stadt als sehr angespannt angesehen werden, und diese Situation ist nicht nur aus investiven Gründen entstanden. Wie sich zusätzlich die Folgen der Corona-Pandemie in letzter Konsequenz finanziell auf den städtischen Haushalt auswirken, kann z.Zt. nicht abgeschätzt werden. Ohne finanzielle Unterstützung durch Land und Bund aber wird es schwer, wenn nicht gar unmöglich sein, in naher Zukunft ausgeglichene Haushalte aufzustellen und den Vorgaben der Aufsichtsbehörde gerecht zu werden.

Einem soliden, nachvollziehbaren und vor allem reellen Haushaltssanierungsprogramm kommt daher in den kommenden Jahren eine ganz besondere Bedeutung zu, insbesondere auch in Blick auf notwendige Investitionen, wie sie beispielsweise das

Stadtentwicklungskonzept ISEK 2040 als Ergebnis einer umfangreichen Bürgerbeteiligung fordert.

Zielsetzung der FDP ist,

- alle Investitionen gerade mit Blick auf die Folgekosten, deren detaillierte Darstellung zwingende Voraussetzung einer Beschlussvorlage sein muss, zu prüfen. Wünschenswerte Maßnahmen haben hinter absolut notwendigen zurückzustehen.
- die internen Leistungen der Stadt noch mehr auf den Prüfstand zu stellen. Aufgaben, die von privaten Unternehmen effektiver und wirtschaftlicher erbracht werden können, sind zu vergeben. Kernkompetenzen müssen hierbei jedoch bei der Stadt verbleiben.
- stabile Steuersätze (Grund- und Gewerbesteuer) anzustreben, da sinnvolle Einsparungen Priorität vor Abgabenerhöhungen haben müssen. Die Einsparpotentiale dürfen jedoch nicht dazu führen, dass das soziale Miteinander in unserer Stadt negativ beeinträchtigt wird.
- im Falle großer Entscheidungen wie beispielsweise der Interkommunalen Zusammenlegung von Fachabteilungen der öffentlichen Verwaltung ein solides Kosten-Nutzen-Konzept mit einer entsprechenden Wirtschaftlichkeitsprüfung einzufordern.
- Eigeninitiative der Bürger und Bürgerinnen zur Übernahme öffentlicher Aufgaben zu fördern, beispielsweise durch etwaige finanzielle Anreize.

Siedlungsentwicklung und Umwelt

Viele von uns sind in den achtziger Jahren im Zuge einer umfänglichen Entwicklungsmaßnahme mit ihren Familien nach Neu-Anspach gezogen und haben dort, oft aus der Stadt kommend, ihren neuen Lebensmittelpunkt gefunden. „Oigeplackte“ waren wir, und sind doch heute stolze Neu-Anspacher. ABER: Viele Einfamilienhäuser sind nur noch mit 1-2 Personen bewohnt und der Alterungsprozess ist, wie überall, unaufhaltsam. Mittlerweile hat sich das einstmals schwindelerregende Wachstum in einen Bevölkerungsrückgang umgekehrt und der Altersquotient für das Jahr 2030 wird mit rund 50% prognostiziert. Dies bedeutet, dass in Neu-Anspach auf zwei Berufstätige ein Rentner gezählt wird. Ohne die korrigierende Entscheidung über die Siedlungsentwicklung würde der Stadt eine Überalterung bevorstehen, die erhebliche Auswirkungen auf öffentliche Kernfunktionen haben wird, wie beispielsweise Sozialeinrichtungen, Schulen, Gewerbe, Mobilität, Gesundheitsversorgung.

Dem gegenüber steht ein wachsender Bedarf aus den Städten und Metropolen, den man durchaus als „Stadtflucht“ bezeichnen kann, vergleichbar mit der Bewegung der 80er Jahre. Gründe dafür sind insbesondere die hohen Immobilien- und Wohnungspreise in den Städten und neuerdings die Corona-bedingten Erfahrungen eines verdichteten Umfelds und der damit verbundenen Isolation in einer reizarmen und beengenden Umgebung.

Die FDP setzt sich für eine moderate Öffnung der Stadt für diese Wohnraumsuchenden ein und unterstützt die Maßnahmen des Masterplans, sowohl neue Grundstücke auszuweisen, eine umsichtige Nachverdichtung des Innenstadtbereichs durchzuführen als auch den so genannten „Generationentausch“ bei schwach bewohnten Anwesen zu fördern. Um Neu-Anspachs Reiz als „Kleinstadt im Grünen“ zu bewahren, plädieren wir für eine Obergrenze von rund 20.000 Einwohnern.

Wir erwarten aber auch, dass der vor der Corona-Pandemie erstellte Masterplan neu konkretisiert und an die veränderten Bedürfnisse angepasst wird. So könnten in Zukunft größere Wohnungen oder Eigenheime gesucht werden, um eine Verquickung von Familie und Beruf (Home Office) zu gewährleisten. Ein Generationentausch wird angesichts der hohen epidemischen Fallzahlen und Ansteckungsrisiken in Senioreneinrichtungen sicherlich nur begrenzt möglich sein.

Selbstverständlich müssen wir die wirtschaftlichen und ökologischen Konsequenzen weiterer Bauvorhaben in Neu-Anspach im Auge behalten und sicherstellen, dass diese Maßnahmen nicht zu einer Kostenlast oder Nutzungseinschränkung für die Bürger und Bürgerinnen führen.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass alle Maßnahmen zur Bildung zusätzlichen Wohnraums die entsprechenden Folgekosten für infrastrukturelle Maßnahmen (z.B. Straßenbau, Kitas und Bildungseinrichtungen) berücksichtigen und eine weitere finanzielle Belastung der Bürger zu vermeiden ist. Wir empfehlen, Folgekosten bereits durch eine vorausschauende Bodenbevorratung und die damit verbundenen Verkaufsgewinne zu decken und in die Finanzplanung adäquat einzupreisen.

Eine Vergabematrix soll sicherstellen, dass Neu-Anspacher Bürgern eine gewisse Priorität zukommt bei der Vergabe von Grundstücken. Eine Beteiligung von Investoren an den Folgekosten wäre wünschenswert.

Wir halten es für unabdingbar, dass alle Planungen die ökologische Komponente der Wasserbeschaffung mitberücksichtigen.

Die Forderungen des „ISEK 2040“ nach einer Grüngestaltung der Innenräume sowie nach einer Verbesserung der Infrastruktur für Fußgänger und Radfahrer unterstützt die FDP ausdrücklich.

Mit unseren Erwartungen an die zukünftige Siedlungsentwicklung untermauern wir die Wünsche und Absichten der Neu-Anspacher Bürgerschaft.

- Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen in ihrer Stadt weiterhin den Wohnraum finden, den sie brauchen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Senioren ihre Verbundenheit zu „ihrer Gemeinde“ nicht aufgeben müssen und ihren Lebensabend hier verbringen können.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Familien in Neu-Anspach einen Ort finden, der ihnen ein bezahlbares und langfristiges Wohnen ermöglicht.

Wirtschaft und Gewerbe

Neu-Anspach hat sich durch den Ausbau des Gewerbegebiets mittlerweile zu einem regionalen Zentrum der Grundversorgung entwickelt, mit einem starken Fokus auf Lebensmittel, Gesundheitsversorgung und handwerkliche Dienstleistungen. Innerhalb dieser Schwerpunkte ist die Stadt auch für Kunden umliegender Gemeinden attraktiv geworden. Das Gastgewerbe und der Einzelhandel sind präsent, haben aber eher geringe Sogwirkung. Der Grundversorgungsgedanke ist vorherrschend in vielerlei Hinsicht und fördert weiterhin, dass Bürger und Bürgerinnen nach Bad Homburg oder Frankfurt fahren, um ein reichhaltigeres Angebot zu finden. Es muss Ziel einer erfolgreichen Wirtschaftsförderung sein, hier eine höhere Attraktivität des Angebots zu erreichen, möglicherweise auch in einem „Gewerbeverbund“ mit der Nachbarstadt Usingen und der Gemeinde Wehrheim.

Eine erfolgreiche Ansiedlung von Produktions- und Dienstleistungsunternehmen würde nicht nur dem Ziel eines höheren Gewerbesteueraufkommens näherkommen, sondern auch Arbeitsplätze „vor Ort“ bilden, ein Angebot an die große Gruppe von Erwerbstätigen, die täglich zur Arbeitsstelle auspendeln müssen. Insbesondere für Teilzeitbeschäftigte ist diese Form der Erwerbstätigkeit mit erheblichem Zeitaufwand im Verhältnis zur Arbeitszeit verbunden, sodass ein größeres lokales Angebot die Attraktivität der Stadt weiter erhöhen würde.

Um das Ziel eines attraktiven Gewerbeangebots aus Arbeitsplatz- und aus Angebotsperspektive näher zu kommen, bedarf es einer klaren Strategie zur Bewerbung des Ortes, zur gezielten Anwerbung von Unternehmen und evtl. ortsübergreifender Maßnahmen zur Erreichen eines umfassenden Versorgungskonzeptes.

Die gegenwärtigen Maßnahmen zeigen moderate Erfolge:

- Hohe Initiative des Gewerbevereins auf freiwilliger und privater Basis, mit geringer Unterstützung durch die Stadt
- Wirtschaftsförderer der Stadt, der einen sehr guten Einblick in potenzielle Fördermittel hat, dem aber in einer Teilzeitstelle für eine wirkungsvolle Arbeit nicht genügend Ressourcen zur Verfügung stehen.
- ISEK-Planung zum Gewerbe, die über den Status einer allgemeinen „Wunschliste“ keine konkreten Aktionen zur Erhöhung der Angebotsdichte einfordert.

Die FDP hält einen alternativen Ansatz, in dem ein schlagkräftiges Wirtschaftsförderungsressort seine Strategie mit dem Gewerbeverein bündelt und ein Konzept zur Entwicklung eines modernen und umfassenden Gewerbeumfeldes entwirft, für zwingend erforderlich. Wir können uns vorstellen, in diesem Zuge die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden zu stärken und ein überkommunales „Usinger Land“-Konzept vorzulegen. Eine enge Zusammenarbeit mit der ISEK-Arbeitsgruppe „Gewerbe“ ist hierbei wünschenswert.

In diesem Zusammenhang muss auch hinterfragt werden, ob die Einstufung von Neu-Anspach als so genanntes „Unterzentrum“ noch zeitgemäß ist, während Usingen bei der Förderung einen höheren Stellenwert genießt, und damit mehr Geld zufließt.

Für eine Stadt mit rund 15.000 Einwohnern stellen wir infrage, ob die derzeitige Aufteilung der Einzelhandelsgeschäfte in drei Zentren (Alter Ortskern, von Wörner+Schmitt bis Penny, die Mitte um das Feldbergcenter und die Gewerbegebiete) ein effektives Einkaufen überhaupt ermöglicht. Die starke Pkw-Nutzung zum Pendeln zwischen diesen Zentren ist aus ökologischer Sicht wenig sinnvoll und verkompliziert die Versorgung der Stadtteile unnötig. Ein weiterer Ausbau der Zentren „Alter Ortskern“ und „Neue Mitte“, wie in ISEK vorgeschlagen, muss hinterfragt werden. Selbstverständlich sind hier die Grundversorgungsbedürfnisse der Ortskern-Bewohner zu berücksichtigen, was aber thematisch von einem „Einkaufszentrum“ unterschieden werden muss.

Auch Neu-Anspacher Einzelhändler leiden zunehmend unter der Konkurrenz von e-Commerce mit all seinen Vorzügen der bequemen Auswahl, Bestellung, der schnellen Lieferung sowie der unkomplizierten Umtauschmöglichkeiten. Eigene Online-Angebote wurden angesichts der Übermacht dieser Mega-Unternehmen gar nicht oder nur halbherzig präsentiert. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass es durchaus eine Nachfrage nach lokalen Angeboten gibt, die eine entsprechende digitale Infrastruktur benötigt. Im Zuge einer Modernisierung der lokalen Digitalität – der Zusammenführung von analogen und digitalen Verkaufstechniken - halten wir eine Unterstützung für ansässige Unternehmen, ihren Verkaufsfokus auch auf Internetplattformen zu erweitern, für geboten.

Digitalisierung und Mobilität

In zunehmendem Maße wird unser Leben digital bestimmt und die digitale Nutzung wird immer mehr zum Hebel für sozialen, ökonomischen und ökologischen Fortschritt. Umgekehrt werden veraltete analoge Prozesse abgebaut und setzen Geldmittel für einen nachhaltigen Umbau frei – in privaten Haushalten, aber vor allem in Industrie und Handel. Diese Geldmittel gilt es zu nutzen: Es sind Einsparungen von Zeitverlusten, die in eine höhere Produktivität und finanzielle Möglichkeiten umgewandelt werden können, Preisersparnisse durch Angebotsvergleiche, Kosteneffizienz mittels optimierter Steuerung von Produktion und bedarfsgerechter Angebotsmengen, oder Umsatzwachstum durch Zugang zu einem vergrößertes Kunden- und Absatzpotenzial.

Die Corona-Krise hat überzeugend deutlich gemacht, wie erfolgreich Unternehmen auch unter schwierigen Bedingungen funktionieren können, wenn sie digital gut aufgestellt sind. Umgekehrt hat sich gezeigt, dass der Staat ohne diese Digitalität seiner Versorgungsaufgabe nicht mehr nachkommen kann: geschlossene Ämter und Dienststellen, mangelnde Erfüllung des Versorgungsauftrags, Einstellung von Lehrverpflichtungen. Der Zugriff auf die digitale Welt war entscheidend für die Qualität der Lebensführung während eines wochenlangen Lock-Downs in den Kommunen.

Die FDP Neu-Anspach setzt sich für eine vollumfängliche Digitalisierung öffentlicher Einrichtungen vor Ort ein, inklusive der Möglichkeit, dass Bürger und Bürgerinnen an politischen Entscheidungsprozessen im Parlament online teilnehmen können. Diese Digitalisierung muss über das heutige Maß gefördert werden, sodass Bürger und Bürgerinnen nur noch in Ausnahmefällen physisch im Rathaus erscheinen müssen.

Des Weiteren unterstützen wir den Ausbau einer hochleistungsfähigen digitalen Infrastruktur, die sowohl terrestrische Hochgeschwindigkeitsnetze als auch den schnellen 5G-Mobilfunkstandard unterstützt. Das Bauplanungs- und Bauordnungsrecht muss so gestaltet werden, dass dieser Ausbau auch in privater Hand verzögerungsfrei gestaltet werden kann. Die Vorgaben des DigiNetz-Gesetzes müssen zügig umgesetzt werden und den Bürgern und Bürgerinnen transparent kommuniziert werden.

Wir erachten diese Maßnahmen als essenziell wichtig für eine erfolgreiche Anwerbung von jungen Unternehmen, Start-ups und regionaler Work-Space-Einrichtungen.

Aufgrund der grundlegenden Bedeutung dieser Maßnahmen setzen wir uns für die Einstellung eines „Digitalisierungsbeauftragten“ ein, der das Verwaltungsangebot mittels Planungs- und Beratungsfunktionen sowie zur Optimierung einer modernen Netzstruktur bereichert.

Die FDP Neu-Anspach begrüßt ausdrücklich die Entscheidung, die S-Bahnlinie 5 zu verlängern und unsere Stadt übergangslos in erhöhter Frequenz an das S-Bahn-Netz des RMV anzuschließen.

Zur Förderung der Verbreitung von E-Auto-Mobilität ist es erforderlich, dass Neu-Anspach eine entsprechende Infrastruktur zur Schnellbetankung der Fahrzeuge vorantreibt und sich des Weiteren auf neue Mobilitätskonzepte einstellt. Wir unterstützen die Forderungen des Masterplans in dieser Richtung, halten aber auch darüber hinaus eine ideologiefreie und objektive Verkehrsmittelanalyse für erforderlich. Eine Forderung an emissionsfreie Verkehrsmittel wie Fahrrad und Elektroroller sollte an den Bedarf und die Verkehrswegesituation angepasst werden.

Kinder, Jugend und Senioren

Neu-Anspach kann sich zu Recht als kinderfreundliche Stadt betrachten. Das Kinderbetreuungsangebot in den Einrichtungen der Stadt, der Kirchen und der privaten Träger mit den flexiblen Modulen ist vorbildlich. Die FDP wird sich hier weiterhin dafür einsetzen, dass dieses hohe Qualitätsangebot auch in Zukunft Bestand haben wird. Der Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern kommt hier eine besondere Bedeutung zu, setzt jedoch voraus, diese frühzeitig zu informieren und aktiv in die jeweiligen politischen Entscheidungen einzubeziehen. Dies insbesondere dann, wenn die jeweiligen Leistungen mit ihren Kosten auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Dass diese Zusammenarbeit auch weiterhin stattfindet, dafür wird sich die FDP einsetzen.

Die FDP wünscht sich nicht nur eine verstärkte Einbeziehung, sondern auch eine Beteiligung der Jugendlichen selbst in Entscheidungsprozesse, wenn deren Interessen direkt tangiert sind. Wer, wenn nicht die Jugendlichen selbst, kennt die Wünsche und Anliegen und kann sie in geeigneter Weise vorbringen und vertreten. Die FDP wird sich daher dafür einsetzen, vorhandene Angebote zu erhalten und gemeinsam mit den Jugendlichen weiterzuentwickeln. Wir fordern, dass die Neubesetzung einer Jugendpfleger-Stelle nicht zugunsten von Einsparungen verzögert wird. Kontinuität in der Jugendarbeit muss jederzeit gewährleistet sein.

Die Weitergabe von Wissen, Fähigkeiten und Erfahrungen unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ist eine unschätzbare und unverzichtbare Quelle für unser Gemeinwohl. Umgekehrt können in einer Welt, wo es auch viel von der Jugend zu lernen gibt, beispielsweise in Bezug auf soziale Netzwerke, Senioren in besonderem Maße profitieren, da ihnen hierdurch neue Begegnungsebenen eröffnet werden.

Unsere Senioren dürfen daher nicht ausgegrenzt, sondern müssen aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligt werden. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass Planungen für Gebäude, Plätze und Einrichtungen weiterhin konsequent seniorengerecht durchgeführt werden.

Sport, Freizeit und Kultur

Sport, Kultur und Vereine sind wichtige Pfeiler unserer Gesellschaft.

Neu-Anspach kann sich glücklich schätzen, für "Jung und Alt" ein vielseitiges, attraktives Angebot für sportliche Aktivitäten und zeitgemäße Freizeitgestaltung zu bieten. Dass dem so ist, ist in erster Linie den in den Vereinen ehrenamtlich und engagiert tätigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu verdanken, sowie den Eigenleistungen der Vereine.

Die FDP würdigt nicht nur diesen Einsatz, sondern wird auch weiterhin dieses Engagement im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

In der Corona-Krisenzeit wurden diesen Bereichen große Beschränkungen verordnet. Wir setzen uns dafür ein, auf Basis erarbeiteter Hygienestandards Einrichtungen auch für die Zukunft sicherer zu gestalten und ähnliche Nutzungsbeschränkungen von vornherein zu vermeiden.

Sicherheit

Mit Sorge hatte die FDP die Zunahme der Kriminalität in Neu-Anspach in 2018 beobachtet. In diesem Jahr wurde für Neu-Anspach die höchste Zunahme an Straftaten im gesamten Hochtaunuskreis festgestellt, gepaart mit einem deutlichen Rückgang der Aufklärungsquote auf rund 57%. Eine erneute Betrachtung der Situation im Jahr 2019 zeigte demgegenüber

jedoch deutliche Verbesserungen: ein Rückgang der Straftaten um 15% und ein Wiederanstieg der Aufklärungsquote auf 67%.

Eine verstärkte Sichtbarkeit von Landes- und Stadtpolizei kann für diese erfreuliche Entwicklung als Ursache gesehen werden. Zusätzliche Streifengänge, persönliche Ansprachen von Personengruppen ohne Anlassbezug, erweiterte Dienstzeiten und das konsequente Verfolgen kleinerer Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sind die wichtigsten Gründe für eine Verbesserung der Sicherheitslage. Darüber hinaus lässt die Zusammenlegung der Ordnungsämter von Neu-Anspach, Usingen und Grävenwiesbach eine effektivere Polizeiarbeit bei größeren Einsätzen zu.

Können wir damit zufrieden sein? Nein! Noch immer gibt es in der Bevölkerung eine „gefühlte Kriminalität“, welche aufgrund vieler Faktoren den effektiven Rückgang in der Statistik nur verzögert widerspiegelt. Auch die Zahl von 465 Straftaten pro Jahr gilt es weiterhin zu senken. Die FDP wird auch in Zukunft mit den Daten der Polizei Westhessen und des interkommunalen Ordnungsamtes eine objektive und transparente Beurteilung der Kriminalität in Neu-Anspach durchführen und wird sich für weitere Maßnahmen zur gezielten Reduktion des Straftatenaufkommens einsetzen. Ursachenforschung und Präventionsmaßnahmen sind für die FDP wichtige Schwerpunkte, um den Bürgerinnen und Bürgern die Sicherheitslage transparent zu machen. Besonders im Zuge von Präventionsmaßnahmen wird die FDP auch künftig den Kontakt zur Landespolizei suchen.

